Arbeiterzeitung 22./I. 1916

Die Unternehmer monopolisieren den Lebensmitteleinkauf.

In aller Heimlichkeit haben die Unternehmer eine „Wohlfahrtseinrichtung" für die Arbeiter vorbereitet; sie wollen jetzt den Bezug von Lebensmitteln von dem Arbeitsverhältnis abhängig machen. Der Zentralverband der Industriellen Oesterreichs will eine Großeinkaufsstelle für Lebensmittel einrichten. Die Institution soll nicht nur die verschiedenen Fabrikskonsumvereine mit Waren versorgen, es sollen auch bezirksweise freie Organisationen für die Lebensmittelbeschaffung errichtet werden, die mit der Großeinkaufsstelle in geschäftliche Verbindung treten. In der Mitteilung über die neue Unternehmergründung wird die Aktion gerechtfertigt mit der unwahren Behauptung, daß die vom Ministerium des Innern ins Leben gerufene Einkaufsstelle „Miles" die im Ausland angekauften Lebensmittel nur an gemeinnützige Korporationen weiterverkauft. Um nun von der „Miles" Lebensmittel beziehen zu können, müßten also die Unternehmer eine gemeinnützige Einkaufsstelle einrichten. Das ist natürlich erfunden. Die „Miles" verkauft ihre Waren nicht nur an Gemeinden, Bezirke und Konsumvereine, sondern auch an Händlerorganisationen und sucht der Uebervorteilung der Konsumenten lediglich durch Vorschreibung von Höchstzuschlägen beim Wiederverkauf entgegenzuwirken. Die Unternehmer geben übrigens auch zu, daß sie nicht nur von der „Miles", sondern auch auf dem freien Markt Waren kaufen wollen.

Wir haben in diesem Falle wieder mit einer Aktion der Unternehmer zu rechnen, die dem berechtigten Verlangen der Arbeiter nach Erhöhung der durch die Lebensmittelteuerung ganz unzulänglichen Entlohnung durch Beistellung einiger Lebensmittel entgegenwirken soll. Die Unternehmer rechnen damit, durch Ausnützung aller Möglichkeiten des Einkaufs im großen die Lebensmittel etwas billiger in die Hand zu bekommen, beim Weiterverkauf wohl keinen Nutzen einzusacken, sich jedoch Lohnerhöhungen zu ersparen.

Die lokalen Organisationen, die von den Unternehmern gegründet werden sollen, werden lediglich die Unternehmer eines Ortes oder Bezirkes umfassen, die Vertrauensmänner der Arbeiter sind vor der Gründung dieser Einkaufsstelle nicht um ihre Meinung gefragt worden und werden sicherlich von den Unternehmern zu einer Mitarbeit nicht herangezogen werden. Das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter vom Unternehmer, das während des Krieges durch das Kriegsleistungsgesetz ohnedies ungeheuerlich gesteigert wurde, soll durch diese „Wohlfahrtseinrichtung" noch mehr verschärft werden. Wir kennen die Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer zur Genüge und haben nach unseren Erfahrungen keine Ursache, der neuen Schöpfung Vertrauen entgegenzubringen.

Wir wünschen die Organisation der Konsumenten vom Arbeitsverhältnis ganz unabhängig zu gestalten; gerade auf diesem Gebiet ist eine berufliche oder betriebsweise Gruppierung nur schädlich. Der Lebensmittelteuerung haben die staatlichen und autonomen Behörden sowie die für die Lebensmittelversorgung während des Krieges geschaffenen gemeinnützigen Korporationen sowie die Konsumentenorganisationen zu steuern, die Unternehmer sind bei Lösung dieser Aufgaben als selbstlose Mitarbeiter nicht berufen. Wir geben unserer Verwunderung Ausdruck, daß die Regierung die Gründung dieser Einkaufsstelle zulassen will, ohne vorher die Arbeiterorganisationen um ihre Meinung zu fragen. Diese Aktion verstößt gegen den Burgfrieden, den die Regierung selbst propagiert. Welches Gezeter würde sich in den Kreisen der bürgerlichen Parteien erheben, wenn die Arbeiter derartige Lokalstellen für den Lebensmitteleinkauf schaffen würden! Unter Berufung auf die Unzulässigkeit einer solchen Organisation nach der Gewerbeordnung, auf die Schädigung der Händler, würde von der Regierung bestimmt ein glattes Verbot verlangt werden. Werden doch unsere Konsumentenorganisationen, die auf eine jahrzehntelange ersprießliche Tätigkeit verweisen können, zurückgesetzt, der Warenbezug wird ihnen erschwert, kurz, sie werden in jeder Weise gegenüber den Händlern benachteiligt. Und jetzt sollen die Arbeiter ruhig zusehen, wie die Unternehmer in großem Stil eine Aktion planen, die das Arbeitsverhältnis ungünstig beeinflußt und auch die Gründung demokratischer Konsumentenorganisationen verhindert oder den Bestand solcher Organisationen gefährdet?

Wir verlangen von der Regierung, daß sie die Tätigkeit dieser Einkaufsstelle auf den Verkehr mit bestehenden Fabrikskonsumvereinen beschränke, jede weitere Ausgestaltung ihres Wirkungskreises aber von der Zustimmung der Arbeiterorganisationen abhängig mache.